

Günter Voith: Persönlicher Bericht Konvent I/2005 – Beilage (4 Seiten)

5. 2. 2005

Wichtige behandelte Konventsthemen, zusammengestellt nach Ordnung der Ausschüsse

Ausschuss 1 /Staatsaufgaben und Staatsziele („Ausschuss im politischen Minenfeld“):

Ob überhaupt Aufgaben und (neue) Ziele in die Verfassung – *Dissens*

Ob Themen als Präambel/Ziele/Grundrechte/individuell einklagbare Grundrechte – *Dissens*

Insgesamt 58 Ziele diskutiert – davon 40 abgelehnt – *Konsens*

Wenn überhaupt Ziele, dann: 1. Umweltschutz stärker, 2. Daseinsvorsorge, 3. Bildung – *Konsens*
Textvorschläge für alle 3 – *Dissens*

15 Ziele – *Dissens*

Fiedler-Entwurf: Keine Präambel,

5 Ziele: Umweltschutz,
Sicherung des natürlichen
Lebensraums,
Atomkraftfreiheit,
Umfassende Landesvertei-
digung,
Aktive Friedenspolitik +
intern. Solidarität

Ausschuss 2 /Legistische Strukturfragen:

Auflistung und systematische Ordnung aller Regelungsbereiche (mit Textvorschlag) – *Konsens*

Formale Struktur künftiger Verfassung (mit Textvorschlag) – *Konsens*

(Relatives) Inkorporationsgebot, Trabanten-gesetze, 1 Verfassungsbegleitgesetz (mit Textvorschlag)
≈ *Konsens*

Bereinigung des formellen Verfassungsrechts (Sichtung und Ordnung der 1300 „fugitiven“ Ver-
fassungsbestimmungen in Aufnahme/Eliminierung/Rückstufung), Regeln zur
zukünftigen Vermeidung (mit Textvorschlag) – *Konsens*

Einbau des Primärrechts der EU (mit Textvorschlag) – *Konsens*

Fiedler-Entwurf: Übernommen, so weit es überhaupt noch
in die Verfassung gehört

Ausschuss 3 /Staatliche Institutionen:

Etliche Nationalrats- und Wahlbestimmungen in Einfachgesetze – *Konsens*

Volksbegehren werden bei Nationalratsauflösung vom neuen Nationalrat weiterbehandelt -
Konsens

Gemeindebestandsänderungen nur mit Zustimmung der Bürger – *Konsens*

Keine Reduktion der 2 – 4 Verwaltungsebenen, sondern zweckmäßige Aufgabenzuweisung -
Konsens

Gesetze zu kasuistisch, aber Legalitätsprinzip nicht lockern – *Konsens*

Keine Reduktion der Zahl der Nationalräte und Landtagsabgeordneten – *Konsens*

Änderung der Befugnisse des Bundespräsidenten – *Dissens*

Änderung der Befugnisse des Bundesrats – *Dissens*

Obligatorische Gesetzesbegutachtung – *Dissens*

Zielgesetzgebung – *Dissens*

Gesetzesinitiativen auch für andere Institutionen – *Dissens*

2/4

Persönliche Wahlrechte (Alter, Briefwahl) – *Dissens*

Einheitliche Zuständigkeiten für Umsetzung von EU-Richtlinien und Verordnungen - *Dissens*

Fiedler-Entwurf: Reduktionsmöglichkeit der Instanzen (Verwaltungsreform!),
Passives Wahlalter 18, aktives nur für Gemeinderat und Volksbegehren 16, Briefwahl,
Gelockertes Legalitätsprinzip (Zielgesetzgebung)

Ausschuss 4 /Grundrechtskatalog (Ausschuss mit den meisten Sitzungen):

Insgesamt 48 Grundrechte behandelt (die meisten ohnedies in der EMRK und im EU-Verfassungsentwurf).

Bei 15 davon – *Konsens* oder wesentlicher *Teilkonsens*,

bei zusätzlichen 5 sozialen Grundrechten nach Einigung zwischen Sozialpartnern – *Konsens*

Individuelle Klagbarkeit vor dem VerfGH – *Dissens*.

Fiedler-Entwurf: Insgesamt 52 Grundrechte

Ausschuss 5 /Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden:

Große, abgerundete, sachlich arrondierte Kompetenzfelder (rund 50 statt bisher rund 185 mit vielen Unklarheiten) – *Konsens*

Neben alleiniger Bundes- und alleiniger Landeskompetenz eine „3. Säule“ mit geteilten Kompetenzen – *Konsens*

Inhaltliche Ausgestaltung dafür 18 Vorschläge – *Dissens*

Fiedler-Entwurf: Kleine 3. Säule (nur als „Aushilfe“), mit Verfahrensregeln für Kompetenzkonflikte in der 3. Säule,
26 Kompetenzfelder für den Bund (darunter Schulen und Sicherheit) und 17 für die Länder,
„Zuständigkeit zur Vollziehung folgt der zur Gesetzgebung“.

Ausschuss 6 /Reform der Verwaltung:

Die meisten möglichen Reformen sind mit Einfachgesetzen machbar.

Beibehaltung der mittelbaren Bundesverwaltung – *Konsens*

Regelung für weisungsfreie Behörden – *Konsens*

Einheitliche Besoldungsgrundsätze für Bund/Länder/Gemeinden – *Konsens*

Erweitertes Effizienzgebot für die Verwaltung – *Konsens*

Ausgangskriterien und Prinzipien für Verwaltungsreformprozess – *Konsens*,

aber Textvorschläge dazu so gut wie alle – *Dissens*

Sicherheitsverwaltungsprinzipien – *Dissens*

Schulverwaltungsprinzipien – *Dissens*
 Haushaltsrechtsänderungen – *Dissens*
 3/4

Fiedler-Entwurf: Regeln für generelle Weisungsfrei-
 stellungen,
 Auskunftspflicht statt Amtsverschwie-
 genheit,
 Keine Behörden namentlich genannt
 (Flexibilität!),
 Vieles zum Einfachgesetzgeber (so bei
 Schulen, Sicherheit).

Ausschuss 7 /Strukturen besonderer Verwaltungseinrichtungen:

Nichtterritoriale Selbstverwaltung verankert – *Konsens*
 Regeln für Besorgung hoheitlicher und nichthoheitlicher Aufgaben durch ausgegliederte Einrich-
 tungen – *Konsens*
 Ermächtigung des Gesetzgebers zur Einrichtung weisungsfreier Verwaltungsorgane – *Konsens*
 Integration weisungsfreier Behörden in Landesverwaltungsgerichte – *Konsens*
 Zusammenwirken der Gebietskörperschaften bei Förderungen – *Konsens*
 Keine „Beamtenkammer“ - *Konsens*
 Ausgliederungsfeste Kernaufgaben des Staates – *Dissens*
 Erweiterung der Institution der Volksanwaltschaft – *Dissens*

Fiedler-Entwurf: Im Wesentlichen gemäß
 Konsens.

Ausschuss 8 /Demokratische Kontrollen:

Wenige konkrete Textvorschläge, viele Detailfragen behandelt..
 Parlamentarische Kontrolle (Landtage) sollen die Länder selbst regeln – *Konsens*
 Die Regierungen sollen „ihren“ Vertretungskörpern verantwortlich sein – *Konsens*
 Organstreitverfahren sind zu regeln – *Konsens*
 EU-Förderungen sollen der Rechnungshofkontrolle unterliegen – *Konsens*
 Keine Änderungen bei Gesetzesbegutachtung und vielem anderen – *Konsens*
 Politische Verantwortungsträger sollen ihre Vermögenswerte deklarieren – *Konsens*
 Wem gegenüber - *Dissens*
 Fragerechte gegenüber Regierung und EU-Abgeordneten – *Dissens*
 Ausweitung der Immunitäten – *Dissens*
 Verstärkung und Ausbau der Volksanwaltschaft – *Dissens*
 Ausweitung oder Einschränkung der Rechte des Rechnungshofs – *Dissens*

Fiedler-Entwurf: Mehr Prüfungsrechte für den Rechnungs-
 hof (alle Gemeinden),
 Rechnungshof kann Unternehmen bei
 Staatsbeteiligung von 50 % (AGs) bzw.
 25 % (andere) prüfen,
 Wien kann wie ein Land geprüft werden,
 Vieles an die GO des Nationalrats dele-
 giert,
 Volksbegehren ab 16 Jahren,

Untersuchungsausschüsse in Einfachgesetze.

4/4

Ausschuss 9 /Rechtsschutz und Gerichtsbarkeit:

Änderungen in der Gerichtsorganisation können weitgehend einfachgesetzlich erfolgen, z. B. Von 4 auf 3 Ebenen zu gehen.

Staatsanwaltschaften in die Verfassung – *Konsens*

Sprengeländerungen bedürfen nicht mehr der Zustimmung der Länder – *Konsens*

Subsidiaranträge der Streitparteien an den VerFGH zur Normenprüfung – *Konsens*

Verwaltungsgerichtsbarkeit 1. Instanz (9 + 1), VerwGH nur Revisionsinstanz, Integration der UVS weitgehend in die Verwaltungsgerichte und deren personelle Zusammensetzung – *Konsens*

Rüge der Säumigkeit der Gerichte nicht in die Verfassung (Anmerkung: trotz EMRK!) - *Konsens*

Rechtsschutzbeauftragte in die Verfassung (jetzt Einfachgesetze) – *Konsens*

Justizrat für Budget und Personelles - *Dissens*

Staatshaftung bei legislativem Unrecht – *Dissens*

Weisungsrecht gegenüber Staatsanwaltschaft – *Dissens*

Urteilsbeschwerde an den VerFGH – *Dissens*

Fiedler-Entwurf: Unabhängiger Justizrat (Stellungnahmen für Justizbudget und Stellenplan), Kappen des administrativen Instanzenzugs durch rasche Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte vorgesehen, UVS weitgehend in die Verwaltungsgerichtsbarkeit integriert.

Ausschuss 10 /Finanzverfassung:

Konsens in vielem Grundsätzlichen: Die Verstreuung des Finanzrechts in den Verfassungsnormen, der verwirrende und zu große Umfang der Transfers, die Unüberschaubarkeit der Leistungs- und Kostenrechnungskennzahlen, der Wunsch nach Globalbudgets.

Aber *Dissens* bei fast allen konkreteren Themen: Staatsziel ausgeglichener Haushalt, gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht (mit Schuldenbremse), Parität der Gebietskörperschaften, Zusammenführung von Einnahmen-, Ausgaben- und Aufgabenverantwortung, Daseinsvorsorge, Tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau mit Genderbudgeting, Grundsätze des Finanzausgleichs, Stabilitätspakt, mehr Transparenz der Transfers und der Finanzstatistik, einheitliche Länderkennzahlen, Ausbau der Statutarstädte.

Fiedler-Entwurf: Erhöhtes Effizienzgebot, Anreiz- und Sanktionsmechanismen gefordert, ebenso zweijähriges Finanzgesetz und Genderbudgeting, Mitwirkung des Rechnungshofes bei Finanzgesetzerstellung, Begründung von Belastungen und Bericht über Finanzschulden gefordert.
